Sitzung des Schulausschusses am 25.03.2025

Öffentliche Sitzung

Tagesordnungspunkt 8.2 (neu):

Anfrage der SPD- und FDP-Fraktion vom 20.03.2025

1. Die Erfüllungsverantwortung für die Umsetzung des Rechtsanspruchs richtet sich allgemein gem. § 24 Abs. 4 SGB VIII i. V. m. §§ 79 Abs.1, 85 Abs. 1 SGB VIII unmittelbar immer und ausschließlich an den Träger der öffentlichen Jugendhilfe („Gewährleistungsverpflichtung“). Warum ist der Jugendhilfeausschuss nicht in der Beratungsfolge vorgesehen bzw. warum gibt es keine gemeinsame Sitzung, wie es SPD und FDP bereits Ende Januar angeregt haben?

Die Frage einer gemeinsamen Sitzung wurde nach der in Bezug genommenen Fraktionsvorsitzendenrunde zwischen den zuständigen Dezernatsleitungen erörtert. Mit Blick auf die unterschiedlichen Zuständigkeiten für den Rechtsanspruch auf ganztägige Förderung in einer Tageseinrichtung und der Einrichtung einer OGS wurde hiervon jedoch schlussendlich abgesehen.

Während sich der Anspruch auf ganztägige Förderung in einer Tageseinrichtung gegen den Träger der öffentlichen Jugendhilfe richtet, handelt es sich bei der Einrichtung einer OGS demgegenüber um ein freiwilliges Angebot, das in das Ermessen des Schulträgers gestellt ist.

Selbst wenn man eine Zuständigkeit des Jugendhilfeausschusses in OGS-Angelegenheiten bejahen wollte, ist festzustellen, dass der Jugendhilfeausschuss des Kreises nur für einen Teil der Schülerinnen und Schüler der Förderschulen zuständig wäre, da sich der Rechtsanspruch jeweils gegen den Jugendhilfeträger am Wohnort des Kindes richtet. In diesem Fall wären konsequenterweise auch die Jugendhilfeausschüsse in den Städten Erkelenz, Geilenkirchen, Heinsberg und Hückelhoven gleichermaßen mit der Materie zu befassen. Umgekehrt wäre das Kreisjugendamt folgerichtig in den OGS-Angelegenheiten der Kreisjugendamtskommunen Gangelt, Selfkant, Waldfeucht, Wassenberg, Wegberg und Übach-Palenberg zu beteiligen, was ebenfalls nicht der Fall ist, da die Entscheidungskompetenz in Angelegenheiten der OGS beim jeweiligen Schulträger liegt.

Angesichts der rechtsanspruchserfüllenden Wirkung haben die Dezernatsleitungen des Jugendamtes sowie des Amtes für Schule, Kultur und Sport gleichwohl entschieden, die Mitglieder des Jugendhilfeausschusses des Kreises mit Blick auf das bekundete Interesse über die Behandlung der Thematik in der heutigen Sitzung ausdrücklich per Mail vom 13.03.2025 zu informieren.

2. Wie wird das Zusammenwirken von Jugendhilfe und Schule konzeptionell verankert? Werden Möglichkeiten geschaffen, Pool-Lösungen im Rahmen der Eingliederungshilfe auch im Rahmen der OGS fortzuführen? An der Peter-Jordan-Schule gibt es bereits gute Ansätze, wie dies in der Praxis umgesetzt werden kann.

Die Zusammenarbeit zwischen Schulträger, Schule und außerschulischem Träger beruht nach der Regelung im gemeinsamen Erlass „Offene Ganztagschulen sowie außerunterrichtliche Ganztags- und Betreuungsangebote im Primarbereich“ des Ministeriums für Schule und Bildung des Landes Nordrhein-Westfalen sowie des Ministeriums für Kinder, Jugend, Familie, Gleichstellung, Flucht und Integration des Landes Nordrhein-Westfalen, welcher zum 01.08.2026 in Kraft treten soll, auf einer Kooperationsvereinbarung, deren Partner neben dem Schulträger, der Schulleitung und dem außerschulischen Träger der Träger der öffentlichen Jugendhilfe ist. Vor diesem Hintergrund wurden und werden die Inhalte der Kooperationsvereinbarung mit allen Beteiligten – auch den Jugendämtern im Kreis Heinsberg - abgestimmt. Schule und Jugendhilfe können sich hier gleichermaßen einbringen. Nach einem persönlichen Austausch Ende Januar 2025 mit den Schulleitungen und Jugendhilfeträgern im Kreishaus befindet sich die Entwurfsfassung aktuell zur Durchsicht bei den fünf Jugendämtern im Kreis Heinsberg mit der Bitte um Rückmeldung etwaiger Ergänzungen/Änderungen bis 28.03.2025.

Was die Poollösungen anbelangt, so ist festzustellen, dass die Jugendämter im Kreis Heinsberg aktuell mit der Frage der Einführung von Poollösungen (außerhalb der Eingliederungshilfe) an den Förderschulen in Kreisträgerschaft befasst sind, angesichts der Betroffenheit von fünf Jugendhilfeträgern befinden sich diese allerdings noch in einem Abstimmungsprozess.

Um für die Schulen und Sorgeberechtigten eine verlässliche Klärung hinsichtlich eines OGS-Angebotes rechtzeitig zu den Schulanmeldungen für das Schuljahr 2026/27 herzustellen, ist mit Blick auf die im Bereich der OGS zu beachtenden vergaberechtlichen Bestimmungen und des insofern einzuplanenden zeitlichen Vorlaufs eine Ausschreibung der Betreuungsleistungen unmittelbar nach der Sitzung des Kreistages am 19.05.2025 geplant.

Im Gegensatz zur OGS-Trägerschaft, die im Wege der Ausschreibung vergeben werden muss, kann die Poollösung im Bereich des SGB VIII außerhalb des Vergaberechts vergeben werden. Insofern ist zumindest denkbar, dass die Jugendämter im Kreis Heinsberg den Träger der OGS ggf. auch mit der Trägerschaft der Poollösung beauftragen. Hier bleiben jedoch die weiteren Gespräche und Überlegungen der Jugendämter im Kreis Heinsberg abzuwarten.

3. Die OGS soll an allen Offenen Ganztagschulen in Kreisträgerschaft gleich gestaltet werden. Laut den im März 2024 vom Land veröffentlichten "Fachlichen Grundlagen zur Umsetzung des Rechtsanspruches auf Ganztagsförderung für Kinder im Grundschulalter ab 2026" (240305_ganztage_fachliche_grundlagen_rechtsanspruch.pdf) soll angeregt werden, die bewährte Praxis auf Ebene des Jugendamtsbezirks zur gemeinsamen Qualitätsentwicklung der Offenen Ganztagschule durch ein Gremium fortzuführen (Qualitätszirkel oder AG n. § 78 SGB VIII). Gibt es im Kreis Heinsberg Überlegungen bzgl. eines Qualitätszirkels o.Ä.?

Im Kreis Heinsberg gibt es bisher noch keine Erfahrungen mit der Arbeit in einem Qualitätszirkel OGS. Die Beraterinnen im Ganztage – Frau Maxheim, Europaschule, Geilenkirchen, und Frau Platen, GGS Am Burgberg, Wassenberg – stehen sowohl Schulleitungen als auch Schulträgern als Verbindungsglied zwischen den Arbeitsweisen im Bereich der Bezirksregierung Köln und der Entwicklung der kreisweiten Weiterentwicklung zur Qualitätsentwicklung zur Verfügung.

Darüber hinaus hat sich unter dem Dach der Generale OGS beim Schulamt für den Kreis Heinsberg eine Steuergruppe der Schulleitungen gebildet, welche sich aus je einer Vertretung der Grundschulen je Kommune und einem Vertreter der Förderschulen im Kreis Heinsberg zusammensetzt und wo gemeinsame Veranstaltungen geplant werden. Erster Baustein war die sog. OGS-Route am 18.09.2024, bei der interessierte Vertretungen der Grund- und Förderschulen im Kreis Heinsberg eingeladen waren, sich unterschiedliche Lösungen von Raum- und Flächennutzungen hinsichtlich der Platzweiterungen im Vorfeld des Rechtsanspruchs vor Ort anzusehen und miteinander ins Gespräch zu kommen. Parallel zu diesem Angebot, das den fachlichen Austausch der Schulleitungen sehr intensiv beförderte, ist auch das Angebot des Regionalen Bildungsnetzwerks in Form des Fachtages am 26.03.2025 „Pädagogische Raumgestaltung in KiTa und Schule“ zu sehen.

Weiterhin fand zu Beginn des zweiten Schulhalbjahres 2025 eine Schulleitungskonferenz statt, die die unterschiedlichen Perspektiven von Schulträger und Jugendhilfe für Schulleitungen auf die aktuellen Schritte zur Vorbereitung des Rechtsanspruches in der Primarstufe transparenter machte. Als „Hausaufgabe“ gestalten derzeit die Vertretung der Förderschulen sowie die der einzelnen kommunalen Runden der Grundschulleitungen eine Auswertung des Gehörten für ihre Schulentwicklungsprozesse mit dem Ziel, gemeinsame Handlungsfelder zu identifizieren und mit den Partnern aus Jugendhilfe, Schul- und OGS-Trägern vertrauensvolle Gesprächsformate zu finden. Inwieweit dies in einen formal zu gründenden sog. Qualitätszirkel OGS im Kreis Heinsberg münden wird, wird sich erst durch den in diesem Schuljahr angestoßenen Prozess zeigen.

4. Die Landesregierung hat entschieden, zur Umsetzung des Anspruchs auf Ganztagsförderung im Primarbereich kein Gesetz zu erlassen. Wird der Gemeinsame Erlass vom 2. Juli 2024 seitens der Kreisverwaltung als letztgültige Rechtsregelung gesehen oder liegt eine begründete Hoffnung auf zukünftig weitreichendere Landesmittel vor?

Hierzu liegen keine über die Erläuterungen zu TOP 9 (neu) hinausgehenden Informationen vor.

Der Rechtsanspruch auf ganztägige Förderung in einer Tageseinrichtung war zuletzt Gegenstand der Sitzung des Schul-, Kultur- und Sportausschusses des Landkreistages Nordrhein-Westfalen am 19.03.2025. Auch hier wurde noch einmal bekräftigt, dass man trotz aller Hoffnung davon ausgehe, dass keine weiteren Regelungen mehr erfolgten.

5. Gibt es Anregungen von den Schulleitern der Förderschulen zur konzeptionellen Einrichtung bzw. Fortführung, die man in die Planung mit aufnehmen sollte?

Die Schulleitungen der Förderschulen sind von Beginn an intensiv in die Ausgestaltung der Ausschreibungsunterlagen und des Entwurfs des Kooperationsvertrages eingebunden gewesen, weshalb Anregungen fortlaufend aufgegriffen und erörtert wurden. Die aktuellen Entwürfe, die derzeit bei den Jugendämtern zur Prüfung mit der Bitte um Rückmeldung etwaiger Ergänzungen oder Änderungen liegen, wurden auf diese Weise nach intensivem Austausch gemeinsam mit den Schulleitungen entwickelt und gestaltet.

6. Werden auch intensiv-pädagogische Ansätze im Bereich der OGS mitgedacht? Das heißt: Wie stellt man sicher, dass eine Betreuung von Kindern mit stark herausforderndem Verhalten gewährleistet ist? Gibt es die Möglichkeit – trotz des Rechtsanspruches – Grenzen einer Betreuung im Rahmen der OGS zu definieren?

Angesichts der besonderen Herausforderungen an den Förderschulen wurde in Abstimmung mit den Schulleitungen und den zuständigen Schulaufsichtsbeamten besonderen Wert auf die Qualifikation des einzusetzenden Personals gelegt. Neben einer sozialpädagogischen Fachkraft vor Ort an jeder Schule sollen die Gruppenleitungen mindestens über eine Qualifikation als pädagogische Ergänzungskraft nach der Personalverordnung verfügen (z. B. Kinderpfleger/innen, Sozialassistent/innen), die durch weitere pädagogisch geeignete Personen unterstützt werden. Dies stellt in nahezu allen Fällen ein Mehr gegenüber dem Status quo dar.

Gleichwohl kommt es immer wieder vor, dass Schülerinnen und Schüler aufgrund besonderer Umstände vorübergehend oder dauernd vom Schulbesuch ausgeschlossen werden; in diesem Zusammenhang ist darauf hinzuweisen, dass auch die OGS als schulische Veranstaltung gilt.

Unberührt hiervon bleibt der Rechtsanspruch auf ganztägige Förderung in einer Kindertageseinrichtung, welcher grundsätzlich weiterhin besteht und gegenüber dem Jugendhilfeträger geltend zu machen ist. Dies wurde im Termin Ende Januar 2025 ausdrücklich mit den Jugendämtern im Kreis Heinsberg erörtert. Wie in diesen Fällen verfahren werden wird, ist derzeit noch nicht abschließend geklärt, auch außerhalb des Kreises Heinsberg. So hat die Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Spitzenverbände Nordrhein-Westfalen im Schreiben an das Ministerium für Kinder, Jugend, Familie, Gleichstellung, Flucht und Integration sowie das Ministerium für Schule und Bildung des Landes Nordrhein-Westfalen vom 04.12.2024 ausdrücklich darauf hingewiesen, dass es nicht angemessen erscheine, dass die Ganztagsförderung in diesen Fällen als Auffangangebot zur Verfügung stehen müsse, und eine generelle Regelung gefordert, nach der der Ausschluss vom Unterricht automatisch auch den Anspruch auf Ganztagsförderung begrenzt. Ob und inwieweit hier ggf. noch eine Änderung der Rechtslage erfolgt, bleibt abzuwarten.